

Resolution zum Landesparteitag in Greding am 13. und 14.01.24

Heimische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion schützen! Solidarität mit Demonstrationen zur Bekämpfung einer zerstörerischen Agrarpolitik

Die Bundesregierung hat für das Jahr 2024 inakzeptable finanzielle und bürokratische Belastungen der deutschen Landwirtschaft sowie der Logistikbranche beschlossen. Neben der geplanten Abschaffung der Agrardieselvergütung sowie der Befreiung von der Kfz-Steuer wurde für das kommende Jahr eine regelrechte Flut an neuen Auflagen für Land- und Forstwirte angekündigt.

Zusätzlich will die EU den Landwirtschaftssektor im Rahmen der sogenannten *Gemeinsamen Agrarpolitik* (GAP) für die wirtschaftsfeindlichen Ziele des *Green Deal* einspannen. Damit drohen den Landwirten weitere Belastungen und Vorgaben, sogar eine Geschlechterquote in den Betrieben soll verbindlich festgelegt werden. Diese absurde Regelungswut zerstört jede Produktivität und führt zu ausufernder, völlig sinnfreier Bürokratie.

Seit 2001 haben infolge einer vernichtenden Agrarpolitik bereits rund 200.000 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben – diese Entwicklung ist nicht länger hinnehmbar. Die stetige Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beschleunigt das Höfesterben und schwächt die gesamte Nahrungsmittelproduktion in Deutschland. Hier braucht es eine sofortige Trendwende.

Die AfD steht geschlossen an der Seite der deutschen Landwirte und unterstützt den Protest gegen den Zerstörungskurs der Ampel. Wir sehen die Produktion von Nahrungsmitteln im übertragenen Sinne als kritische Infrastruktur, da von ihr im Wesentlichen die Versorgung unserer Bevölkerung abhängt. Deutschland darf nicht noch weiter von Nahrungsmittelimporten abhängig werden, die heimische Landwirtschaft braucht endlich wieder eine klare Zukunftsperspektive.

Auch das Transportgewerbe, das mit einem CO₂-Aufschlag auf die Lkw-Maut weiter belastet werden soll, wollen wir vor dem Enteignungswahn der Bundesregierung schützen. Diese neue Steuer stellt ausschließlich eine weitere Einnahmequelle für den Staat ohne jede Lenkungswirkung dar. Sie wirkt vielmehr als Brandbeschleuniger der Endverbraucherpreise und muss politisch verhindert werden.

Die AfD stellt sich entschieden gegen jede weitere Abzocke unter dem Vorwand der CO₂-Reduktion. Das nicht messbare Ziel „Klimaschutz“ darf nicht länger als staatliche Rechtfertigung für Steuererhöhungen missbraucht werden.

Wir unterstützen daher folgende Forderungen:

- 1. Mindestens die vollständige Beibehaltung der Agrardieselvergütung im bisherigen Umfang sowie die Abschaffung der CO₂-Steuer auf Kraftstoffe**
- 2. Die vollständige Beibehaltung der Befreiung von der Kfz-Steuer (grüne Nummer) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe**

3. **Die restlose Streichung der verpflichtenden Flächenstilllegung von vier Prozent der Ackerfläche**
4. **Bauernland in Bauernhand: Schutz der Landwirtschaft vor außerlandwirtschaftlichen Finanzinvestoren**
5. **Die Absenkung der Grunderwerbssteuer für Landwirte, die neu erworbene Flächen dauerhaft selbst bewirtschaften**
6. **Bekämpfung der Bürokratisierungswelle aus Brüssel, Berlin und München: Deutliche Reduzierung von existierenden Auflagen und Bürokratieaufwand**
7. **Nichteinführung der unsinnigen GAP-Regelungen zur Gestaltung von Arbeitsabläufen in den Betrieben**
8. **Eine genaue Ursachenforschung bei Gewässerverunreinigungen statt pauschaler Auflagen für Landwirte (Randstreifen, rote/gelbe Gebiete)**
9. **Heimische Landwirtschaft vor globalen Agrarkonzernen und Saatgutmonopolen schützen**
10. **Wirtschaftlichen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erhalten**
11. **Pauschalierungssystem und Gewinnglättung gerecht gestalten (Umsatz- und Steuersystem der Landwirtschaft)**
12. **Stopp der Zweckentfremdung der Flächenbeihilfen (nicht erpresserisch an ökologische Auflagen knüpfen)**
13. **Die sofortige Aufkündigung des europäischen *Green Deals*, vor allem im Hinblick auf die Auflagen für die Landwirtschaft**
14. **Stärkere Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft bei Schäden durch Wolf, Fischotter, Biber, Krähe, Gans, etc.**
15. **Die sofortige Rücknahme der beschlossenen CO₂-Koppelung bei der Lkw-Maut**

Begründung:

Die heimische Landwirtschaft muss Teil unserer Kultur und unseres Wirtschaftssystems zur eigenständigen Versorgung mit Lebensmittel bleiben. Davon abgesehen ist die Resolution selbsterklärend.

Antragsteller und Unterstützer:

Gerd Mannes (Antragsteller) (10616201), Walter Metzinger (10636145), Friedrich Holzwarth (695), Max Gump (10645452), Michael Gleich (10630660), Benjamin Eugler (10665346), Sabrina Hammerschmidt (10652416), Kilian Stelzenmüller (10674728), Werner Stelzenmüller (10674729), Frank Born (10675251), Jan Born (10675252), Simone Mannes (10676182), Roland Kempton (10679396), Alexander Hoffmann (10676183), Josuha Gastgeb (10674936) alle KV Günzburg